

Freie Träger: Politiker fordern mehr Lohn für soziale Berufe

Julius Betschka

Die zuständigen Fachpolitiker von SPD und CDU wollen die Gehälter von 100.000 Mitarbeitern sozialer Träger zeitnah erhöhen. Etwa Sozialarbeiter, Kita-Erzieher oder Reinigungskräfte bei solchen Unternehmen sollen künftig genauso viel verdienen wie ihre Kolleginnen und Kollegen im Dienst des Landes Berlin. Das fordern die beiden arbeitsmarktpolitischen Sprecher von CDU und SPD, Martin Pätzold und Sven Meyer. Sie sagten dem Tagesspiegel am Dienstag: „Die Arbeit der freien Träger muss ausreichend finanziert und die Vergütung der Arbeit dem öffentlichen Dienst wieder angeglichen werden.“

Zwar hatten sich SPD und CDU auch in ihrem Koalitionsvertrag auf eine Angleichung der Gehälter von freien Trägern und Landesbeschäftigten geeinigt. Dies wurde allerdings nur als sogenannter Prüfauftrag formuliert. Mit Finanzmitteln ist die Idee damit noch nicht unterlegt. Pätzold und Meyer fordern deshalb auch mit Blick auf die laufenden Haushaltsberatungen im Senat: „Große Koalitionen im Bund haben schon oft gezeigt, dass sie in der Lage sind, große soziale Errungenschaften - wie den Mindestlohn - zu ermöglichen.“

Insbesondere fehlen im freien Sektor viele Tarifregelungen aus dem öffentlichen Dienst wie Krankengeldzuschüsse, Zuschläge für Feiertags-, Nacht-, Sonntagsarbeit, Überstunden und die Betriebsrente. Die freien Träger geben als Gründe dafür insbesondere die mangelnde Refinanzierung - also die nicht-ausreichende Bezahlung ihrer Aufgaben durch das Land - als Grund für die niedrigere Entlohnung an.

Dafür könnte der Senat zum Beispiel verbesserte Regelungen auf den Kostenblättern vermerken, nach denen freie Träger von Kindertagesstätten, Schulhorten, Angeboten der Erziehungshilfen oder Jugendeinrichtungen bezahlt werden. Immer wieder kam es wegen der ungerechten Lohnverteilung in der Vergangenheit zu Protesten. Seit 2017 fordert das Abgeordnetenhaus den Senat auf, die Löhne anzugleichen - passiert ist das bisher nicht.

Lohnunterschiede liegen teils bei fast 25 Prozent

Wie groß der Unterschied bei gleichen Jobs teilweise ist, zeigt eine Aufstellung von Verdi: Selbst bei den großen Trägern verdienen Kita-Erzieher im ersten Jahr rund fünf Prozent weniger als direkt beim Land, bei langjährigen Beschäftigten steigert sich die Lücke auf bis zu mehr als 15 Prozent. Bei kleineren Trägern ohne Tarife sind die Unterschiede teils noch

größer. Schon bei langjährigen Reinigungskräften beläuft sich der Unterschied auf fast 25 Prozent.

Bei der zuständigen Senatsverwaltung für Arbeit ist das Problem bekannt. Man habe eine dauerhafte Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit der ungleichen Bezahlung der Kollegen beschäftigt, sagte ein Sprecher dem Tagesspiegel. Finanzsenator Stefan Evers (CDU) will seinen Haushaltsplan wohl im Juli vorlegen - dann berät das Parlament.